

Positionspapier zum BMZ-Haushalt 2026

Stand: September 2025

Nachhaltige und verlässliche Entwicklungsförderung für eine gerechte und gesunde Welt!

Weltweit verschärfen sich Krisen: Konflikte, Klimawandel, und wachsende Verschuldung belasten Länder mit niedrigem und mittlerem Einkommen besonders. Gleichzeitig ziehen sich traditionelle Geber zunehmend zurück, allen voran die USA, wodurch gravierende Versorgungslücken entstehen: Fehlende USAID-Mittel könnten in den nächsten fünf Jahren zu 14 Millionen Todesfällen führen.¹ Trotz dieser alarmierenden Entwicklungen wurde der Rotstift nun zum vierten Mal in Folge beim BMZ-Etat angesetzt. Im Haushaltsentwurf 2026 sind nur noch 9,9 Milliarden Euro für das BMZ vorgesehen. Das entspricht einer Kürzung von rund 400 Millionen Euro.

Auch die mittelfristige Finanzplanung gibt keinen Anlass zur Hoffnung: Bis 2028 soll der BMZ-Etat weiter auf 9,3 Milliarden Euro sinken. Angesichts weltweit steigender Bedarfe braucht es eine langfristige und vorausschauende Finanzierung, um aktuellen Krisen entgegenzuwirken und neue vorzubeugen. Andernfalls drohen bereits erzielte Fortschritte wieder verloren zu gehen. **Die DSW fordert daher, den BMZ-Etat auf mindestens 11,2 Milliarden Euro zu erhöhen.**

Frauen, Mädchen, junge Menschen und marginalisierte Gruppen sind in Krisenzeiten besonders gefährdet. Zugleich gewinnen weltweit Anti-Rights-Bewegungen an Einfluss und drängen hart erkämpfte Rechte wie den Zugang zu Verhütung, Familienplanung und Sexualaufklärung zurück. Laut dem Guttmacher-Institut könnten jährlich bis zu 17 Millionen zusätzliche unbeabsichtigte Schwangerschaften und 34.000 schwangerschaftsbedingte Todesfälle den Kürzungen folgen.² Zwischen 2025 und 2029 drohen zudem 6,6 Millionen zusätzliche HIV-Infektionen und 4,2 Millionen AIDS-bedingte Todesfälle.³ **Einsparungen dürfen daher keinesfalls zulasten von Gesundheitssystemstärkung, sexueller und reproduktiver Gesundheit und Rechten (SRGR) sowie Maßnahmen zur Geschlechtergleichstellung gehen.**

Deutschland hat 2024 lediglich 0,67 Prozent seiner Wirtschaftsleistung für Entwicklungs-zusammenarbeit aufgewendet und damit das international vereinbarte ODA-Ziel von mindestens 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens verfehlt.⁴ Darüber hinaus verblieb ein großer Teil der ODA-Mittel in Deutschland. Dazu zählen vor allem die Ausgaben für Geflüchtete im Inland. **Die DSW appelliert, die ODA-Quote zu erhöhen, ohne dabei die Kosten für Geflüchtete im Inland anzurechnen. Die ODA-Mittel müssen dafür genutzt werden Partner*innen im Globalen Süden direkt zu unterstützen.**

¹ Lancet Studie (2025) Evaluating the impact of two decades of USAID interventions and projecting the effects of defunding on mortality up to 2030: a retrospective impact evaluation and forecasting analysis. [https://www.thelancet.com/article/S0140-6736\(25\)01186-9/fulltext](https://www.thelancet.com/article/S0140-6736(25)01186-9/fulltext) S. 284

² Guttmacher Institute (Februar 2025) Policy Analysis. Just the Numbers: The Impact of US International Family Planning Assistance, 2024. <https://www.guttmacher.org/2025/02/just-numbers-impact-us-international-family-planning-assistance-2024>

³ UNAIDS (2025) Aids, Crisis and the Power to Transform. UNAIDS Global Aids Update 2025. Executive Summary. https://www.unaids.org/sites/default/files/2025-07/2025-global-aids-update-summary_en.pdf S. 3

⁴ Im Jahr 1970 setzte die UN-Generalversammlung das Ziel, dass OECD-Geberländer 0,7 Prozent ihres Bruttonationaleinkommens (BNE) für Entwicklungszusammenarbeit und Humanitäre Hilfe (Official Development Assistance, ODA) bereitstellen.

Die konkreten Forderungen der DSW für den BMZ-Haushalt

Für eine nachhaltige Entwicklungsfinanzierung fordert die DSW den Deutschen Bundestag und die Bundesregierung auf:

- den BMZ-Etat mindestens auf 11,2 Milliarden Euro zu erhöhen,
- sicherzustellen, dass Deutschland langfristig das 0,7-Prozent-Ziel erreicht, ohne die Kosten für Geflüchtete im Inland anzurechnen. Hierfür muss der BMZ-Etat mit ausreichend Verpflichtungsermächtigungen (VEs) ausgestattet werden,
- 0,2 Prozent der Wirtschaftsleistung für die Zusammenarbeit mit den ärmsten Ländern bereitzustellen und multilaterale Institutionen besonders zu stärken,
- 0,1 Prozent der Wirtschaftsleistung in entwicklungsbezogene Gesundheit zu investieren (WHO-Empfehlung), ohne diese Mittel aus anderen Bereichen der Entwicklungszusammenarbeit abzuziehen,
- mindestens 20 Prozent der gesamten bilateralen Mittel in Initiativen zu investieren, deren Hauptziel Geschlechtergerechtigkeit ist - innerhalb von fünf Jahren,
- den Haushalt 2025 erkennbar an den globalen Nachhaltigkeitszielen (SDGs) auszurichten.

In der multilateralen Entwicklungszusammenarbeit fordert die DSW:

- **den Kernbeitrag für den Globalen Fonds zur Bekämpfung von AIDS, Tuberkulose (TB) und Malaria (Globaler Fonds) für den Zeitraum 2026-2028 auf mindestens 1,4 Milliarden Euro zu erhöhen (Haushaltstitel 896 07-023):**

Dieses Jahr findet die achte Wiederauffüllung des Globalen Fonds statt, bei der die Finanzierung für den nächsten drei Jahreszyklus gesichert werden soll. Bei der letzten Wiederauffüllung in 2022 sagte Deutschland 1,3 Milliarden Euro zu. Für die Jahre 2023 bis 2025 sind 1,2 Milliarden Euro im BMZ-Haushalt eingestellt. Die fehlenden 100 Millionen wurden mit dem Schuldenumwandlungsprogramms Debt2Health akquiriert. Für die **anstehende Wiederauffüllung sieht der Haushaltsentwurf 2026 jedoch nur rund 850 Millionen Euro vor.** Dies entspräche einer **Kürzung um rund 35 Prozent** im Vergleich zur letzten Zusage.

Seit seiner Gründung hat der Globale Fonds gemeinsam mit seinen Partner*innen 70 Millionen Menschenleben gerettet und entscheidend zur Stärkung von Gesundheitssystemen beigetragen.⁵ Für die nächste Finanzierungsperiode sollen weltweit 18 Milliarden US-Dollar mobilisiert werden. Mit diesen Mitteln können weitere 23 Millionen Menschenleben gerettet, die Sterblichkeit durch AIDS, TB und Malaria um 64 Prozent gesenkt und eine Kapitalrendite von 1:19 erzielt werden.⁶ **Damit der Globale Fonds seine lebensrettende Arbeit fortsetzen kann, muss die Bundesregierung mindestens 1,4 Milliarden Euro für den Zeitraum 2026-2028 bereitstellen.** Dies ist bereits das absolute Minimum – der faire Beitrag Deutschlands, berechnet vom Aktionsbündnis gegen AIDS, liegt sogar bei 1,8 Milliarden Euro.⁷

⁵ Globaler Fonds (2025) Ergebnisbericht 2025. https://www.theglobalfund.org/media/biegasvy/core_2025-results_summary_de.pdf

⁶ Globaler Fonds (2025) Investment Case. Auf einen Blick. Achte Wiederauffüllung. https://www.theglobalfund.org/media/15396/core_2025-investment-case_overview_de.pdf

⁷ Informationen zur Berechnung des deutschen Fair Share unter: https://www.aids-kampagne.de/sites/default/files/deutschlands_fair_share_fuer_die_8._wiederauffuellungskonferenz_des_globalen_fonds_1.pdf

- **die Beiträge für den Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen (UNFPA) auf 50 Millionen Euro und für die International Planned Parenthood Federation (IPPF) auf 20 Millionen Euro zu erhöhen (Haushaltstitel 687 01-023):**

Im Haushaltsentwurf 2025 sind bereits Kürzungen für UNFPA und IPPF vorgesehen – UNFPA soll von 42,5 auf 35 Millionen Euro sinken, IPPF von 15,5 auf 15 Millionen Euro. Der Entwurf für 2026 verschärft diesen Trend erneut: Für UNFPA sind nur noch 28,35 Millionen Euro und für IPPF 14,4 Millionen Euro eingeplant. Eine Bundesregierung, die im Koalitionsvertrag zugesagt hat, sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte (SRGR) prioritär zu fördern, muss diese Zusagen auch finanziell einlösen. **Die DSW fordert daher, die Beiträge für UNFPA auf 50 Millionen Euro und für IPPF auf 20 Millionen Euro zu erhöhen.**

Gerade weil weltweit immer weniger Länder SRGR politisch und finanziell priorisieren, ist deutsche Unterstützung umso wichtiger. UNFPA und IPPF sind zentrale Partner der Bundesregierung: Sie fördern Sexualaufklärung, selbstbestimmte Familienplanung, Präventionsmaßnahmen gegen geschlechtsbasierte Gewalt und schädliche Praktiken wie Früh- und Zwangsverheiratungen oder weibliche Genitalverstümmelung.

Mit den deutschen Beiträgen konnten allein im letzten Jahr über UNFPA 659.900 unbeabsichtigte Schwangerschaften verhindert, 525.600 Frauen und Jugendliche mit SRGR-Diensten erreicht und 10.500 Mädchen vor Genitalverstümmelung geschützt werden.⁸

- **den Beitrag für UNFPA Supplies auf 2,5 Millionen Euro zu erhöhen (Haushaltstitel 687 01-023):**

UNFPA Supplies ist das weltweit größte Programm zur Sicherstellung des Zugangs zu Verhütung und reproduktiver Gesundheitsversorgung. Es wird im Haushaltstitel "Funds in Trust" unter „Zweckgebundene Beiträge an die Vereinten Nationen ihre Sonderorganisationen sowie andere internationale Einrichtungen und internationale Nichtregierungsorganisationen“ geführt. Allein im Jahr 2024 konnte das Programm 10 Millionen unbeabsichtigte Schwangerschaften verhindern und 3 Millionen unsichere Schwangerschaftsabbrüche vermeiden, 43 Millionen Verhütungsjahre ermöglichen sowie 200.000 HIV-Infektionen und weitere zwei Millionen sexuell übertragbare Krankheiten verhindern. Neben diesen unmittelbaren gesundheitlichen Wirkungen entfaltet UNFPA Supplies auch langfristige ökonomische Effekte: Schon 2024 konnten 708 Millionen US-Dollar an direkten Gesundheitskosten eingespart werden, und bis 2050 wird jeder heute investierte Dollar voraussichtlich einen wirtschaftlichen Nutzen von 8,40 US-Dollar für die Partnerländer generieren.⁹ **Die DSW fordert daher, den Beitrag für UNFPA Supplies auf mindestens 2,5 Millionen Euro zu erhöhen.**

⁸ UNFPA & Germany (2025) Results for Resources in 2024.

https://aa.unfpa.org/sites/default/files/key_results_brochure/GERMANY_ResultsBrochure2025.pdf#:~:text=In%202024%2C%20Germany%20was%20UNFPA%20%80%99s%20second-largest%20core%20donor,an%20protection%20from%20gender-based%20violence%20and%20harmful%20practices.

⁹ UNFPA Supplies Partnership (2025) Annual Report 2024. <https://www.unfpa.org/publications/unfpa-supplies-partnership-annual-report-2024>

- **den Kernbeitrag für die internationale Impfallianz Gavi für die strategische Periode 2026-2030 auf jährlich 150 Millionen Euro zu erhöhen (Haushaltstitel 687 01-023):**

Im Juni dieses Jahres fand die Wiederauffüllung von Gavi statt. Deutschland wird für die strategische Periode 2026–2030 insgesamt 400 Millionen Euro an neuen Mitteln bereitstellen und zusätzlich rund 200 Millionen Euro aus bereits zugesagten Geldern freigeben. Damit bleibt die Gesamtunterstützung mit 600 Millionen Euro auf konstantem Niveau. Im Haushaltsentwurf 2026 sind 80 Millionen Euro eingestellt – im Einklang mit der deutschen Zusage für den gesamten Zeitraum. Dennoch bleibt der deutsche Beitrag hinter den Erwartungen zurück: **Gefordert waren ursprünglich 750 Millionen Euro, was 150 Millionen Euro jährlich entspräche.**

Darüber hinaus verfolgt Gavi wichtige Reformziele: Gemeinsam mit Partnerorganisationen wie dem Globalen Fonds, der GPEI und der GFF soll die Abstimmung der Gesundheitsprogramme vor Ort verbessert werden, insbesondere in der „last mile“-Versorgung. Mit seinen Reformprinzipien trägt Gavi zudem aktiv zur Weiterentwicklung der globalen Gesundheitsarchitektur bei – mit einem klaren Fokus auf stärkere Länderorientierung, klare Mandate und die schrittweise Übergabe von Verantwortung an nationale Akteure.¹⁰ Deutschland war und ist ein zentraler Partner von Gavi und sollte die ambitionierten Ziele der Allianz auch in Zukunft politisch wie finanziell konsequent unterstützen.

- **den Beitrag für den Finanzierungsmechanismus für die Gesundheit von Frauen Kindern und Jugendlichen (Global Financing Facility for Women, Children and Adolescents, GFF) auf 50 Millionen Euro jährlich zu erhöhen (Haushaltstitel 687 01-023):**

Im Haushaltsentwurf sind für die GFF 22,5 Millionen Euro vorgesehen – 2,5 Millionen Euro weniger als 2025 (25 Millionen Euro). Dabei ist die GFF das zentrale Finanzierungsinstrument zur Bekämpfung von Mütter- und Kindersterblichkeit. Sie entwickelt gemeinsam mit Partnerländern bedarfsgerechte nationale Gesundheitspläne, bündelt internationale Beiträge, private Investitionen und nationale Ressourcen und vervielfacht so die Wirkung jedes eingesetzten Dollars. Seit ihrer Gründung hat die GFF beeindruckende Ergebnisse erzielt: 132 Millionen Schwangere konnten mindestens vier Vorsorgeuntersuchungen wahrnehmen, 164 Millionen Frauen erhielten sichere Geburtsbegleitung und 339 Millionen unbeabsichtigte Schwangerschaften wurden durch moderne Verhütungsmethoden verhindert.¹¹ Um diese Fortschritte zu sichern und die SRGR von Frauen, Kindern und Jugendlichen nachhaltig zu stärken, **fordert die DSW, den deutschen Beitrag auf jährlich 50 Millionen Euro zu erhöhen.**

¹⁰ Gavi (25.06.2025) Gavi Statement on the Global Health Architecture. <https://www.gavi.org/news/media-room/gavi-statement-global-health-architecture>

¹¹ GFF (2025) Annual Report 2023-2024. Scaling for Impact. The Pathway to Ending Preventable Deaths of Women, Children and Adolescents. <https://www.globalfinancingfacility.org/sites/default/files/GFF-AR-2023-2024-final-digital-EN.pdf> S. 2

In der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit fordert die DSW:

- **im Rahmen der BMZ-Initiative „Selbstbestimmte Familienplanung und reproduktive Gesundheit für alle“ mindestens 100 Millionen Euro jährlich für bilaterale Maßnahmen bereitzustellen:**

Zwischen 2011 und 2022 wurden im Durchschnitt 100 Millionen Euro pro Jahr für die BMZ-Initiative bereitgestellt. Seit 2023 werden jedoch auch SRGR-relevante multilaterale Beiträge einbezogen. Ein konkretes Finanzierungsziel gibt es nicht. **Die DSW begrüßt die Verlängerung der Initiative bis 2025 und fordert, das Engagement auch über 2025 hinaus zu verstetigen.**

Aus Sicht der DSW braucht es ein ausgewogenes Zusammenspiel multilateraler und bilateraler Instrumente sowie eine starke Unterstützung zivilgesellschaftlicher Akteur*innen. Während Organisationen wie UNFPA oder der Globale Fonds zentrale Beiträge zur Bewältigung globaler Gesundheitsherausforderungen leisten, kann die deutsche bilaterale Zusammenarbeit gezielt auf die Bedarfe der Partnerländer eingehen. Es liegt im Interesse der Bundesrepublik die außenpolitische und außenwirtschaftspolitische Visibilität zu erhöhen und durch bilaterale Aktivitäten die politische Zusammenarbeit zu vertiefen sowie Vertrauen darin zu schaffen, dass Deutschland ein verlässlicher und bedeutender Partner in ärmeren Ländern - insbesondere in Afrika ist. Dies würde zugleich die Afrikastrategie wirkungsvoll unterstützen.

Gerade in fragilen Kontexten erreichen zivilgesellschaftliche Organisationen vulnerable Gruppen direkt und bedarfsgerecht – ihre stärkere Einbindung in SRGR-Programme ist daher unverzichtbar. **Die DSW fordert daher, jährlich mindestens 100 Millionen Euro für bilaterale SRGR-Maßnahmen bereitzustellen.**

- **Investitionen in Projekte und Programme zur Gleichstellung der Geschlechter zu erhöhen:**

Die DSW begrüßt, dass neu zugesagte Projektmittel, die einen Beitrag zur Gleichstellung der Geschlechter leisten, bis 2025 auf insgesamt 93 Prozent erhöht werden sollen. Das BMZ plant, Mittel mit dem primären Ziel der Geschlechtergerechtigkeit auf 8 Prozent (GG2) und solche mit Nebenziel auf 85 Prozent (GG1) zu erhöhen. Angesichts der Tatsache, dass 2023 nur 55 Prozent der sektorale aufteilbaren ODA-Mittel Geschlechtergerechtigkeit als Haupt- oder Nebenziel verfolgten – davon lediglich 3,5 Prozent mit Hauptziel¹² – bleibt erheblicher Nachholbedarf. **Die DSW fordert daher, dass innerhalb von fünf Jahren mindestens 20 Prozent aller BMZ-Projekte Geschlechtergerechtigkeit als Hauptziel verfolgen und alle übrigen Projekte Geschlechtergerechtigkeit mindestens als Nebenziel integrieren.**

¹² Donor Tracker an initiative by SEEK Development (2025) ODA Spending. How much ODA does Germany allocate to Gender Equality. https://donortracker.org/donor_profiles/germany/gender

Um diese Zielsetzung zu erreichen, muss der Gender-Aktionsplan des BMZ finanziell abgesichert werden – unter anderem mit zusätzlich mindestens 100 Millionen Euro für gendertransformative, intersektionale und postkoloniale Vorhaben, die für zivilgesellschaftlichen Akteur*innen einfach zugänglich sind. Darüber hinaus sollte die Bundesregierung feministische Fonds stärken, die direkt Organisationen im Globalen Süden erreichen – etwa den Equality Fund, den UN Women's Peace and Humanitarian Fund (WPHF) oder südgeführte Fonds – und sich an den Empfehlungen des Walking the Talk-Konsortiums orientieren: Investitionen müssen langfristig, flexibel und möglichst als Kernförderung bereitgestellt werden, um Organisationen und Bewegungen nachhaltig zu stärken. Vorrangig unterstützt werden sollten selbstgeführte Gruppen, die transformative Veränderungen anstoßen und bislang oft von traditionellen Finanzierungsstrukturen ausgeschlossen sind – wie z.B. indigene Frauenrechtsorganisationen.¹³

¹³ Walking the Talk (2025) 12 Calls to Action for Resourcing Gender Equality. <https://f4ff.global/resources/common-ask-framework-download/>